

## **A n t r a g**

### **der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**

#### **Psychische und psychosomatische Erkrankungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen effek- tiv bekämpfen**

Die letzten Jahre der Corona-Pandemie hatten als einzigartiger, multidimensionaler und potenziell schädigender Stressfaktor neben wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen auch starke psychische Auswirkungen auf die Menschen.

Insbesondere die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wurde aufgrund der einzigartigen Sozialisationsanforderungen in den einzelnen Lebensabschnitten beeinflusst. Im Verlauf der Pandemie haben sowohl Ängste und Sorgen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen als auch der Hang zu sozialem Rückzug deutlich zugenommen. Kinder und Jugendliche zeigen häufiger depressive Symptome, wie Traurigkeit und Interessenverlust. Auch psychosomatische Beschwerden, wie beispielsweise Kopf- und Bauchschmerzen, treten vermehrt auf. Die Pandemie hat aber auch einen negativen Einfluss auf das Gesundheitsverhalten der Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und ihrer Familien, wie verminderte sportliche Aktivität und vermehrter Medienkonsum. Daneben wirkt sich die erlebte Stressbelastung der Eltern durch die Pandemie signifikant auf Verhaltensauffälligkeiten der Kinder aus. Viele Akteurinnen und Akteure aus den medizinischen, schulischen und sozialen Bereichen sehen deshalb einen dringenden Handlungsbedarf.

- I. Der Landtag stellt fest,
  1. für eine gute adäquate Versorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei psychischen und psychosomatischen Beschwerden bedarf es eines zeitnahen Zugangs zu spezialisierten Beratungsangeboten und zur psychotherapeutischen Versorgung;
  2. es bedarf der Notwendigkeit, die speziellen und neu entstandenen Bedarfe im Bereich der Erhaltung der psychischen Gesundheit und der psychotherapeutischen Behandlung neu zu bewerten und spezifisch abzustimmen;
  3. in diesem Kontext kommt der Schulpsychologie und der Schulsozialarbeit, deren Verstärkung und perspektivischem Ausbau an allen Schultypen und -formen, den spezialisierten Beratungsstellen für junge Menschen wie zum Beispiel den Kinder- und Jugendschutzdiensten als auch der psychiatrischen und psychotherapeutischen Begleitung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und deren Familien eine ganz besondere Bedeutung zu;
  4. wesentliche Themen der Gesundheitsförderung und Prävention in Krippen, Kindergärten und Schulen sind Bewegung, gesunde Ernährung, Stärkung von Resilienz und Stressbewältigung, Entspan-

nung sowie Sucht- und Gewaltprävention; werden entsprechende Maßnahmen in den Schulalltag eingebunden, stärken sie Kinder und Jugendliche, sensibilisieren für mögliche Gefährdungen und unterstützen sie darin, einen gesunden Lebensstil zu entwickeln;

5. um flächendeckend präventiv zu arbeiten, um bei der Entwicklung einer psychischen Störung frühzeitig eingreifen zu können beziehungsweise bei deren Vorliegen an einen Platz zur diagnostischen Abklärung zu vermitteln, haben spezialisierte Beratungsstellen, wie zum Beispiel Kinder- und Jugendschutzdienste und Familien- und Erziehungsberatungsstellen einen zentralen Auftrag;
6. zeitnahe niedrigschwellige psychosoziale und/oder psychologische Beratung und Psychoedukation für Familien kann psychischen Erkrankungen entgegenwirken und helfen, häusliche Eskalationen zu verhindern;
7. es bedarf umfassender sowohl zeitlich begrenzter als auch langfristiger Maßnahmen zur Erhaltung und schnellstmöglichen Wiederherstellung der psychischen Gesundheit;
8. die in Thüringen flächendeckend etablierten Netzwerke Frühe Hilfen leisten einen wichtigen Beitrag zur psychosozialen Entlastung von werdenden Eltern und Familien mit Kindern in den ersten besonders vulnerablen Lebensjahren (Zielgruppe). Insbesondere durch das sozialsystemübergreifende Engagement vielfältiger Netzwerkpartner, der aufsuchenden Arbeit von Familienhebammen beziehungsweise Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pflegern sowie Angeboten wie zum Beispiel Lotsensysteme aus dem Gesundheitsbereich in die Angebote der Netzwerke Frühe Hilfen wird das gesunde und gewaltfreie Aufwachsen von Kindern gestärkt. Während die Zielgruppe der Frühen Hilfen wächst und sich soziale Krisen aneinanderreihen, gehen die verfügbaren Mittel der Frühen Hilfen und damit die konkreten Hilfen für belastete Familien zurück. Die von Thüringen ausgehenden Gesetzesinitiativen zur Erhöhung der Bundesmittel des Fonds Frühe Hilfen waren bislang nicht erfolgreich.

## II. Die Landesregierung wird gebeten,

1. Auskunft zu erteilen, wie die flächendeckend vorhandenen sozialpsychiatrischen Dienste in den Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten für kinder-, jugend- und junge-Erwachsenenspezifische Prävention, Erkennung und Therapiebegleitung verstärkt sensibilisiert und ertüchtigt werden können;
2. zu prüfen, wie die flächendeckende Umsetzung bestehender qualitätsgeprüfter Angebote der Prävention in Krippen, Kindergärten, Schulen und Kommunen sowohl transparenter und vernetzt gestaltet als auch gestärkt werden können; hierbei ist auch die Versteigerung erfolgreicher Modellprojekte wie "Koordinierung von Beratung und Angeboten für Gesunde Schulen" (KOBAGS) oder eine Stärkung insbesondere der Präventionsangebote der Kinder- und Jugendschutzdienste einzubeziehen;
3. zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Kinder- und Jugendschutzdienste, Familien- und Erziehungsberatungsstellen und spezifische Angebote der Jugendsozialarbeit im Sinne von niedrigschwelligen psychosozialen Angeboten weiter zu stärken;
4. zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Leistungsspektrum psychotherapeutischer Praxen erweitern zu können, um den Zugang zur Psychotherapie zu erleichtern und Behandlungskapazitäten besser nutzen zu können (beispielhaft das verstärkte Angebot von psychoedukativen Gruppen zu etablieren);

5. zu prüfen, wie eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Schule und dem öffentlichen Gesundheitsdienst vorangetrieben werden kann;
6. zu prüfen, wie Kommunen weiter unterstützt werden können, um integrierte und standardisierte transparente Handlungskonzepte auf Basis von Präventionsketten zu entwickeln, dazu gehören insbesondere Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote aller pädagogischen Fachkräfte;
7. in Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen (KVT) zu prüfen, wie eine multiprofessionelle ambulante Behandlung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht und gefördert werden kann;
8. in Kooperation mit der KVT zu prüfen, ob eine Erhöhung der Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten für eine fünfjährige Übergangszeit möglich ist und dieses nach positiver Prüfung den Bedarfen entsprechend umgesetzt werden kann;
9. in Kooperation mit der KVT Möglichkeiten für Online-Angebote mit Informationen rund um psychische Belastungen von jungen Menschen bis hin zu Informationen über Anlaufstellen für Beratungen, medizinische und psychotherapeutische Hilfen zu schaffen;
10. in Kooperation mit der KVT professionelle Supervisionsangebote und Fortbildungen für Lehrkräfte, pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte durch Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu stärken und auszubauen;
11. weiterhin beim Bund auf eine Erhöhung und Dynamisierung der Mittel des Fonds Frühe Hilfen hinzuwirken;
12. dem jeweils zuständigen Ausschuss bis spätestens zur jeweiligen November-Sitzung 2023 über die jeweiligen Ergebnisse der unter den Nummern 1 bis 11 genannten Prüfungen, Gespräche und weiteren Bemühungen schriftlich Bericht zu erstatten.

#### **Begründung:**

Eine im März 2021 gegründete Expertengruppe der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (OPK) kommt zu dem Ergebnis, dass die Pandemie bei Kindern und Jugendlichen bereits vorhandene emotionale und soziale Schwierigkeiten wie ein Katalysator verstärkt hat. Sie stellt ebenfalls fest, dass die pandemische Lage wie ein Brennglas auf die Probleme und Defizite im gesundheitsbezogenen Versorgungssystem gewirkt hat. So habe die Anzahl und die Komplexität der Fälle, ihre Symptomlast, assoziierte Beeinträchtigungen und Leiden im Verlauf der Pandemie zugenommen. Das Beratungsaufkommen der Erziehungs- und Familienberatungsstellen habe deutlich zugenommen und könne nicht mehr ausreichend bewältigt werden. Deshalb sei die Zusammenarbeit im Hilfesystem (Schulen, Jugendamt, Familienhilfe, Beratungsstellen, psychotherapeutische und medizinische Versorgung) grundsätzlich dringend und zwingend erforderlich für die Betroffenen. Es bedarf in all diesen Bereichen sensibilisierte und regelmäßig geschulte Fachkräfte für diese Belange.

Für die Fraktion  
DIE LINKE:

Blehschmidt

Für die Fraktion  
der SPD:

Lehmann

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN:

Rothe-Beinlich